

MORNING NEWS

11. August 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.162,86	-29,64	-0,12	24.192,50	DJ 30	44.175,61	206,97	0,47	43.968,64
MDAX	31.493,41	161,94	0,52	31.331,47	NASDAQ	23.611,27	221,74	0,95	23.389,53
TEC DAX	3.783,23	14,09	0,37	3.769,14	Nikkei 225	Börse	geschl.	1,85	41.059,15
Euro Stoxx50	5.347,74	15,67	0,29	5.332,07	Hang Seng	24.906,90	48,08	0,19	24.858,82
Bund Future	129,69	-0,04	-0,03	129,73	Euro / US-\$	1,1673	0,00	0,27	1,1641
Gold in US-\$	3.376,62	-21,12	-0,62	3.397,75	Öl (Brent) US-\$	66,19	-0,40	-0,60	66,59
Bitcoin / US-\$	121.981,14	3.618,70	3,06	118.362,39	Ethereum / US-\$	4.323,98	105,43	2,50	4.218,55

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.252	+90
NASDAQ Future	23.739,25	+25,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	250,26	0,16	0,00	250,10	292,12	1.159.703,00
Nokia OJ	3,51	-0,02	-0,01	3,54	4,10	15.554.037,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Bloomberg Wirtschaftsumfrage Euro-Zone	August	08:30	n/a
D	Bloomberg Wirtschaftsumfrage Deutschland	August	08:35	n/a

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	0,80 (0,93)	10-jährige Bonds	-0,328	4,28%
Volumen NASDAQ	8,65 (8,95)	30-jährige Bonds	-0,617	4,85%

()=Vortag

Eine **Reihe positiver Firmenbilanzen** und die **Erwartung von Zinssenkungen** haben die US-Börsen am Freitag angetrieben. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,5 Prozent höher bei 44.175 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 kletterte um 0,8 Prozent auf 6389 Zähler. Der Index der Technologiebörse Nasdaq gewann ein Prozent auf ein neues Rekordhoch von 21.426 Punkte.

Für die Woche ergibt sich damit für den Dow ein Plus von 1,3 Prozent, für den S&P von 2,4 und für die Nasdaq von 3,9 Prozent.

Im Blick behielten Anleger die **Personalien bei der US-Notenbank** Fed. An den Börsen überwiegt momentan der Glaube, dass eine Neubesetzung der Fed-Führung eine lockerere Geldpolitik begünstigen könnte. US-Präsident Donald Trump

will mit seinem Wirtschaftsberater Stephen Miran einen erklärten Kritiker der Notenbank im Direktorium der Fed platzieren. Trump hat Fed-Chef Jerome Powell wegen der anhaltenden Zinspause verbal attackiert.

"Die Realität ist, dass der Präsident den Vorsitzenden nicht zum Rücktritt zwingen oder zusätzlichen Druck auf die Gouverneure ausüben kann, um die Zinsen zu senken", sagte Phil Blancato, Chef von Ladenburg Thalmann Asset Management. "Es geht darum, dass er Leute einsetzt, die eher taubenhaft sein werden und letztlich in größere Zinssenkungen münden, ob sie nun gerechtfertigt sind oder nicht." Händler rechnen mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent, dass die Fed die Zinsen im September um 25 Basispunkte senkt.

Das "Wall Street Journal" berichtete am Freitag, Trump weite den Kandidatenkreis für die Powell-Nachfolge aus. Demnach wurden der frühere Präsident der Notenbank von St. Louis, James Bullard, und der ehemalige Wirtschaftsberater Marc Sumerlin zur Liste der Anwärter hinzugefügt. Auf der Liste stünden rund zehn Namen. Die Nachrichtenagentur Bloomberg hatte am Donnerstag gemeldet, Fed-Direktor Christopher Waller kristallisierte sich als Favorit für den Chefposten heraus. Trump selbst hatte zuletzt von drei Kandidaten auf seiner Liste gesprochen.

Bei den Einzelwerten stiegen **Expedia** am Freitag um 4,1 Prozent, nachdem das Online-Reisebüro seine Prognose für die Bruttobuchungen im Gesamtjahr angehoben und sich optimistisch über die Erholung der Reisenachfrage in den USA geäußert hatte. Auch **Tripadvisor** legten nach der Bilanzvorlage zu. Die Papiere des Online-Reiseanbieters stiegen um 14 Prozent.

Apple setzten ihren Aufwärtstrend fort und legten vier Prozent zu. Für die Gesamtwoche ergibt sich damit ein Zuwachs von 13,3 Prozent - so viel in einer Woche wie seit dem Jahr 2020 nicht mehr. Trump hatte vor einigen Tagen gesagt, der iPhone-Hersteller werde weitere 100 Milliarden Dollar in den USA investieren, wodurch sich die Gesamtsumme für die kommenden vier Jahre auf 600 Milliarden Dollar erhöhe.

Ein verlangsamtes Nutzerwachstum bei **Pinterest** stieß Anlegern indes auf. Im vergangenen Quartal kamen acht Millionen Nutzer hinzu, nach 17 Millionen im ersten Quartal. Die Titel der Plattform für Bilder und Videos rutschten um 10,3 Prozent ab.

Trade Desk stürzten gar um 38,6 Prozent ab. Das Werbetechnologieunternehmen meldete eine deutliche Verlangsamung des Umsatzwachstums. Hintergrund ist eine schwächere Nachfrage nach seinen digitalen Werbedienstleistungen auf dem Markt für vernetztes Fernsehen.

US Unternehmen

Intel-Chef Lip-Bu Tan wird einem Medienbericht zufolge nach der Rücktrittsforderung von US-Präsident Donald Trump im **Weißem Haus** erwartet. Der Besuch sei am Montag geplant, berichtete das "Wall Street Journal" am Sonntag unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Tan wolle Trump seinen persönlichen und beruflichen Hintergrund erläutern. Er wolle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der Regierung vorschlagen.

Die Chiphersteller **Nvidia** und **AMD** führen einem Medienbericht zufolge künftig **15 Prozent ihrer Einnahmen aus Chipverkäufen in China** an die **US-Regierung** ab. Dazu hätten sich die Unternehmen bereiterklärt, um Exportlizenzen für Halbleiter zu erhalten, berichtete die Zeitung "Financial Times" am Sonntag. Stellungnahmen der Unternehmen und der US-Regierung lagen zunächst nicht vor. Zuvor hatte die "Financial Times" berichtet, China wolle vor einem möglichen Gipfeltreffen seines Präsidenten Xi Jinping mit US-Präsident Donald Trump eine Lockerung der **US-Exportkontrollen** für wichtige KI-Chips als Teil eines Handelsabkommens durchsetzen. Vertreter Chinas hätten Experten in Washington mitgeteilt, dass die Führung in Peking eine Lockerung der Ausfuhrbeschränkungen für HBM-Chips (High-Bandwidth Memory) wünsche.

Der japanische Technologiekonzern **SoftBank** bereitet Insidern zufolge einen Börsengang seiner Bezahl-App **PayPay** in den USA vor. Mit der Organisation seien die Investmentbanken Goldman Sachs, JPMorgan, Mizuho und Morgan Stanley

beauftragt worden, sagten zwei mit der Angelegenheit vertraute Personen *Reuters*. Der Börsengang könnte mehr als zwei Milliarden Dollar einbringen und bereits im letzten Quartal dieses Jahres stattfinden.

Marktmeldungen

In **Japan** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

Knapp 100 Tage nach Start der Koalition ist die **Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger** einer neuen Umfrage zufolge **unzufrieden mit der Bundesregierung** und mit **Kanzler** Friedrich Merz (CDU). In einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Insa für die *"Bild am Sonntag"* äußerten sich 60 Prozent entsprechend, nur 27 Prozent sind demnach zufrieden mit der Arbeit von CDU/CSU und SPD. 13 Prozent machten keine Angabe. Anfang Juni, also rund ein Monat nach Amtsantritt von Schwarz-Rot, waren noch 37 Prozent zufrieden und nur 44 Prozent unzufrieden.

Der **CSU-Landesgruppenvorsitzende** Alexander Hoffmann kritisiert die Entscheidung von **Bundeskanzler** Friedrich Merz, **Waffenexporte nach Israel** teilweise auszusetzen. "Die CSU war an dieser Entscheidung nicht beteiligt und wir halten sie für bedenklich", sagt er der *"Bild"-Zeitung*. "Das wäre eine Abkehr von Jahrzehnten außenpolitischer Kontinuität gegenüber Israel und als solche zumindest erklärungsbedürftig. Wir werden dazu interne Gespräche in der Koalition führen."

Angesichts der **angespannten finanziellen Lage** der **Sozialversicherungen** hält die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm auch **Leistungskürzungen** für nötig. "Wir brauchen in der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung mehr Ehrlichkeit darüber, welche Leistungen wir uns wirklich leisten können und welche nicht", sagte sie der Funke Mediengruppe. "Wenn man den Menschen Versprechungen macht, die man am Ende nicht halten kann, dann sorgen sie nicht privat vor, obwohl viele es könnten." (dpa/AFX).

Fed-Direktorin Michelle Bowman hat sich angesichts der jüngsten schwachen Arbeitsmarktdaten für drei **Zinssenkungen** in diesem Jahr ausgesprochen. Die Daten unterstrichen ihre Sorge über die Anfälligkeit des Arbeitsmarktes, sagte Bowman am Samstag laut Manuskript einer Rede vor der Kansas Bankers Association. Eine **schrittweise Lockerung der Geldpolitik** sei nun nötig, um eine größere Korrektur zu vermeiden, sollte sich der Arbeitsmarkt weiter verschlechtern. "Meine Zusammenfassung wirtschaftlicher Projektionen beinhaltet drei Zinssenkungen für dieses Jahr, was mit meiner Prognose seit vergangendem Dezember übereinstimmt, und die jüngsten Arbeitsmarktdaten bestärken meine Ansicht", erklärte sie (Reuters).

US-Präsident Donald Trump und der **russische Präsident** Wladimir Putin werden sich am **Freitag, dem 15. August**, in **Alaska** treffen. Dies teilte Trump in der Nacht zum Samstag mit. Bei dem Treffen soll es einem Bericht der Nachrichtenagentur *Bloomberg* zufolge um ein Abkommen zur Beendigung des Ukraine-Krieges gehen.

Vor dem Treffen von US-Präsident Donald Trump und Kremlchef Wladimir Putin zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine treffen sich die **Außenminister der EU-Staaten** zu einer **digitalen Sondersitzung**. Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas möchte bei der Videokonferenz an diesem Montag die nächsten Schritte besprechen. "Europas Kerninteressen stehen auf dem Spiel", teilte sie mit (dpa/AFX).

Führende europäische Politiker knüpfen ihre **Unterstützung für die Ukraine-Initiative** von US-Präsident Donald Trump an **Bedingungen**. Sinnvolle Verhandlungen könne es nur nach einem Waffenstillstand oder einer Reduzierung der Kampfhandlungen geben, heißt es in der gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz, Ursula von der Leyen und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Der Weg zum Frieden könne nicht ohne die Ukraine entschieden werden. Zudem bekräftigen die Staats- und Regierungschefs das Prinzip, dass internationale Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürften, und sichern der Ukraine weiterhin militärische und finanzielle Unterstützung zu (Reuters).

Vor dem geplanten **Treffen von US-Präsident** Donald Trump und **Kremlchef** Wladimir Putin haben die ukrainische Führung und ihre **europäischen Verbündeten** die **Grenzen ihrer Kompromissbereitschaft** betont. Internationale Grenzen dürften nicht gewaltsam verändert werden, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung von Deutschland,



Frankreich, Italien, Polen, Großbritannien, Finnland und der EU-Kommission. Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj lehnte **Gebietsabtretungen an Russland** erneut ab und fordert vehement, in **Verhandlungen über die Zukunft** der Ukraine einbezogen zu werden (dpa/AFX).

Angesichts des **geplanten Alaska-Gipfels zur Ukraine** pochen auch die **nordischen und die baltischen Staaten** auf eine **Wahrung der ukrainischen und europäischen Interessen**. Man stehe fest an der Seite der Ukraine und unterstütze deren Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen und Schweden. Ein Frieden könne nur durch konsequenten Druck auf Russland erreicht werden, damit es seinen rechtswidrigen Krieg beende. Verhandlungen könne es nur im Rahmen einer Feuerpause geben. Die Initiative von US-Präsident Donald Trump zur Beendigung des Krieges werde begrüßt (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz pocht darauf, dass der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj in das **Spitzengespräch** von **US-Präsident** Donald Trump und **Kremlchef** Wladimir Putin zum Ukraine-Krieg eingebunden wird. Der CDU-Politiker kündigte in den *ARD-"Tagesthemen"* an, dass er noch heute mit Trump telefonieren wolle, um über das für Freitag geplante Gipfeltreffen in Alaska zu sprechen.

US-Präsident Donald Trump ist offen für ein **Dreier-Gipfeltreffen** mit dem **russischen Präsidenten** Wladimir Putin und dem **ukrainischen Staatschef** Wolodymyr Selenskyj in Alaska. Vorerst plane das Weiße Haus auf Wunsch Putins jedoch ein bilaterales Treffen, sagt ein Vertreter des Weißen Hauses (Reuters).

Der US-Nato-Botschafter schließt eine Einladung an den **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj zum **amerikanisch-russischen Spitzentreffen** in Alaska nicht aus. "Ich halte es durchaus für möglich", sagte Matthew Whitaker dem Sender *CNN*. Die Entscheidung werde von US-Präsident Donald Trump getroffen. "Wenn er der Meinung ist, dass dies der beste Zeitpunkt ist, um Selenskyj einzuladen, dann wird er das tun", erklärte Whitaker. Bislang sei dazu noch keine endgültige Entscheidung gefallen und es bleibe noch Zeit (dpa/AFX).

US-Vizepräsident JD Vance hat bekräftigt, dass sich die Vereinigten Staaten finanziell aus der **Unterstützung der Ukraine** bei der Verteidigung gegen Russland zurückziehen wollen. US-Präsident Donald Trump und er seien der Auffassung, "dass die USA mit der Finanzierung des Ukraine-Kriegsgeschäfts durch sind", sagte Vance dem Sender *Fox News* in einem Interview, das schon vor ein paar Tagen aufgezeichnet wurde.

Ein Abkommen zwischen **Russland** und der **Ukraine** wird nach den Worten von **US-Vizepräsident** JD Vance wahrscheinlich keine der beiden Seiten zufriedenstellen. "Sowohl die Russen als auch die Ukrainer werden am Ende des Tages wahrscheinlich unzufrieden damit sein", sagt Vance in einem am Freitag aufgezeichneten und am Sonntag ausgestrahlten Interview des Senders *Fox News*. Die USA strebten ein Abkommen an, das beide Seiten zumindest akzeptieren könnten. Die USA arbeiteten zudem daran, Gespräche zwischen den Präsidenten Wladimir Putin, Wolodymyr Selenskyj und Donald Trump zu terminieren. Eine Begegnung von Putin und Selenskyj sei aber seiner Ansicht nach nicht zielführend, bevor Putin und Trump miteinander gesprochen hätten (Reuters).

Bei einem **russischen Angriff** auf die ukrainische Region **Saporischschja** sind nach ukrainischen Angaben mindestens zwölf Menschen verletzt worden. Russland habe die Region mit gelenkten Fliegerbomben angegriffen, teilt das Außenministerium in Kiew auf der Plattform X mit. Getroffen worden seien Wohngebiete, ein Busbahnhof und eine Klinik (Reuters).

Das **ukrainische Militär** hat nach eigenen Angaben bei einem **Drohnenangriff** in der Nacht zum Sonntag eine **Ölraffinerie** in der **russischen Oblast Saratow** getroffen. Der Angriff auf die Ölraffinerie habe Explosionen und einen Brand verursacht, teilt der ukrainische Generalstab mit. Von russischer Seite hieß es zuvor, in Saratow seien eine Industrieanlage und mehrere Wohnanlagen bei einem ukrainischen Drohnenangriff beschädigt worden. Ein Mensch sei getötet worden, teilt der Gouverneur von Saratow, Roman Busargin, auf Telegram mit (Reuters).



Russland hat laut Medienberichten während eines Moratoriums für die Stationierung von **Mittelstreckenraketen** die Entwicklung solcher Waffensysteme vorangetrieben und verfügt nun über ein erhebliches Arsenal. "Als das Moratorium verkündet wurde, haben wir klargestellt, dass es sich nur auf die Stationierung bezog und einen Stopp der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten nicht umfasste", zitierte die Nachrichtenagentur RIA den stellvertretenden Außenminister Sergej Rjabkow aus einem Interview mit dem Sender "Rossija-1". "Wie ich es verstehe, verfügen wir nun darüber", sagte Rjabkow demnach weiter (Reuters).

Die **USA** erwägen **Strafzölle** gegen **China** wegen des Kaufs von **russischem Öl**. Eine endgültige Entscheidung sei jedoch noch nicht gefallen, sagt Vizepräsident JD Vance dem Sender *Fox News*.

US-Präsident Donald Trump fordert **China** zu einer Vervierfachung seiner **Sojabohnen-Bestellungen aus den USA** auf. Dies sei "eine Möglichkeit, das Handelsdefizit Pekings gegenüber Washington erheblich zu reduzieren", schreibt Trump auf seiner Online-Plattform Truth Social. "China ist besorgt über seinen Mangel an Sojabohnen. Unsere großartigen Landwirte produzieren die robustesten Sojabohnen. (...) Es wird ein schneller Service angeboten werden. Vielen Dank, Präsident Xi", heißt es in seinem Post weiter (Reuters).

US-Präsident Donald Trump setzt einem Medienbericht zufolge den **Chef der Bundessteuerbehörde IRS**, Billy Long, nur zwei Monate nach dessen Bestätigung im Amt wieder ab. Die "New York Times" berief sich am Freitag auf vier mit der Angelegenheit vertraute Personen. Finanzminister Scott Bessent werde den Posten kommissarisch übernehmen, bis ein dauerhafter Nachfolger gefunden sei, zitierte die Zeitung zudem einen namentlich nicht genannten Regierungsvertreter. Long, ein ehemaliger Kongressabgeordneter und treuer Verbündeter Trumps, solle auf einen Botschafterposten wechseln (Reuters).

US-Finanzminister Scott Bessent erwartet nach eigenen Angaben einen Abschluss der **Handelsgespräche mit Japan** bis Ende Oktober. "Das Thema Handel werden wir meiner Ansicht nach bis Ende Oktober weitgehend abgeschlossen haben", sagt Bessent in einem Interview der Zeitung "Nikkei".

Die ganze Aufregung um **Zölle für Goldimporte in die USA** war möglicherweise vergebens. Die Trump-Regierung habe angedeutet, dass sie eine **neue Richtlinie** erlassen werde, um klarzustellen, dass Importe von Goldbarren nicht mit Zöllen belegt werden sollten. Dies, nachdem die US-Regierung die Händler mit ihrer Entscheidung, dass diese mit Zöllen belegt werden sollten, überrascht hatte. Das berichtete die Nachrichtenagentur *Bloomberg* am Freitag.

Der **israelische Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu hat nach Angaben seines Büros mit **US-Präsident** Donald Trump über **Israels geplante Offensive im Gazastreifen** gesprochen. Erörtert worden seien in dem Gespräch Israels Ziel, die verbleibenden Hochburgen der radikal-islamischen Hamas einzunehmen, deren Geiseln zu befreien und die Hamas zu besiegen, um den Krieg zu beenden, teilt Netanjahus Büro mit (Reuters).

Der **israelische Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu erklärt mit Blick auf die **Hamas**, Israel habe keine andere Wahl, als "die Arbeit zu Ende zu bringen". Er begründet dies damit, dass sich die radikal-islamische Gruppierung weigere, die Waffen niederzulegen. Die neuen Pläne für eine Offensive zielten auf die beiden Hochburgen der Hamas ab, die sie noch im Gazastreifen habe. Zudem würden "kreative Pläne" erörtert, um die israelischen Geiseln zu befreien. Der Regierungschef versichert, er wolle den Krieg nicht in die Länge ziehen (Reuters).

In **Tel Aviv protestieren Tausende Menschen** gegen die Pläne von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zur Ausweitung des **Militäreinsatzes im Gazastreifen**. Sie fordern ein sofortiges Ende und die Freilassung der Geiseln (Reuters).

Die **Türkei** und **Russland** begrüßen das von den USA vermittelte **Friedensabkommen zwischen Aserbaidschan und Armenien**. Der **Iran** hingegen kündigte Widerstand gegen die Vereinbarungen an. Die Regierung in Ankara äußerte am Samstag die Hoffnung, ein Transitkorridor durch Armenien, der Aserbaidschan mit seiner Exklave Nachitschewan verbinden soll, werde bald eröffnet und einen wirtschaftlichen Aufschwung auslösen. Die Regierung in Moskau wandte ein, dauerhafte Lösungen sollten von den Ländern der Region mit Unterstützung von Nachbarn wie Russland, dem Iran und



der Türkei entwickelt werden. Man hoffe, die "unglückliche Erfahrung" westlich geführter Konfliktlösungen im Nahen Osten zu vermeiden. Russland stand in dem seit Jahrzehnten andauernden Konflikt zwischen beiden Kaukasus-Staaten auf Seiten Armeniens, die Türkei unterstützte Aserbaidschan. Die Regierung in Teheran kündigte an, den Korridor verhindern zu wollen. Der Iran werde ihn "mit oder ohne Russland" blockieren, erklärte der Berater des geistlichen Oberhauptes des Iran, Ali Akbar Welajati, nach Berichten iranischer Medien. Der Korridor durch armenisches Gebiet liegt in einer Region, die an den Iran angrenzt. Aserbaidschan und Armenien hatten am Freitag im Weißen Haus in Washington ein Friedensabkommen unterzeichnet. Bei der Zeremonie sagte US-Präsident Donald Trump an der Seite des aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Alijew und des armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan, die beiden verfeindeten Staaten hätten sich verpflichtet, die Kämpfe einzustellen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und die territoriale Integrität des jeweils anderen zu respektieren. Alijew und Paschinjan würdigten Trumps Rolle und kündigten an, ihn für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen (Reuters).

Australien will Palästina bei der UN-Vollversammlung im September als Staat anerkennen. "Eine Zwei-Staaten-Lösung ist die beste Hoffnung der Menschheit, den Kreislauf der Gewalt im Nahen Osten zu durchbrechen und den Konflikt, das Leid und den Hunger in Gaza zu beenden", sagte der australische Ministerpräsident Anthony Albanese am Montag nach einer Kabinettsitzung vor der Presse. Die Anerkennung sei jedoch an Zusagen der Palästinensischen Autonomiebehörde geknüpft. Dazu gehöre, dass die radikal-islamische Hamas an einem künftigen Staat nicht beteiligt werde. Auch Neuseeland steuert auf eine Anerkennung Palästinas zu, der Zeitpunkt steht aber noch nicht fest (Reuters).

Nach iranischen Angaben reist ein hochrangiger Vertreter der **Internationalen Atomenergiebehörde** (IAEA) am Montag zu Gesprächen in den **Iran**. Ziel sei es, einen Rahmen für die Zusammenarbeit zu vereinbaren, meldet die iranische Nachrichtenagentur *Mehr* unter Berufung auf Außenminister Abbas Araghtsch. Bevor ein solcher Rahmen vereinbart sei, seien keine IAEA-Besuche iranischer Atomanlagen geplant (Reuters).

Nordkorea hat ein **geplantes Großmanöver der USA und Südkoreas** als "direkte militärische Provokation" scharf verurteilt und mit **Gegenmaßnahmen** gedroht. Das Militär habe den "absoluten Auftrag", die nationale Sicherheit gegen die elftägigen Übungen zu verteidigen, zitierte die staatliche Nachrichtenagentur KCNA aus einem Statement des nordkoreanischen Verteidigungsministers No Kwang Chol. "Die Streitkräfte der DVRK werden den Kriegsübungen der USA und des Südens mit einer konsequenten und entschlossenen Gegenhaltung begegnen", hieß es in der Erklärung weiter (Reuters).

Chinas Erzeugerpreise sind im Juli stärker gefallen als erwartet, während die **Verbraucherpreise** im Vergleich zum Vorjahresmonat stagnierten. Dies unterstreicht die Auswirkungen der schwachen Binnennachfrage und der anhaltenden Unsicherheit im Handel auf die Stimmung von Verbrauchern und Unternehmen. Die Preise ab Werk fallen seit mehr als zwei Jahren. Die am Samstag vom Nationalen Statistikbüro (NBS) veröffentlichten Daten deuten darauf hin, dass erste Bemühungen zur Bekämpfung des Preiswettbewerbs noch keine nennenswerten Ergebnisse erbracht haben. Der deflationäre Druck hat die chinesischen Behörden veranlasst, die Überkapazitäten in Schlüsselindustrien anzugehen. Der Erzeugerpreisindex (PPI) fiel im Juli im Jahresvergleich um 3,6 Prozent. Ökonomen hatten lediglich mit einem Rückgang von 3,3 Prozent gerechnet. Damit wurde der Tiefststand der vergangenen knapp zwei Jahre vom Juni erneut erreicht. Der Verbraucherpreisindex (CPI) stagnierte im Juli im Jahresvergleich, nachdem er im Juni noch um 0,1 Prozent gestiegen war. Von *Reuters* befragte Analysten hatten einen Rückgang von 0,1 Prozent erwartet.

Automobile / Zulieferer

Trotz Kritik an ihrer Rolle im **Aufsichtsrat von Volkswagen** will **Niedersachsens Kultusministerin** Julia Willie Hamburg das Mandat auch nach der Landtagswahl 2027 behalten - sofern sie dann wieder der Landesregierung angehört. Auf die Frage, ob sie weitermachen möchte, antwortete die Grünen-Politikerin mit einem klaren "Ja". Kritiker hatten bemängelt, dass ihr Ressort keinen direkten Bezug zur Autobranche hat (dpa/AFX).



Banken

Keine Kunden zweiter Klasse, aber mehr Angebote und Anreize für bestimmte Kundengruppen - **ING-Deutschland**-Chef Lars Stoy drückt bei der **Weiterentwicklung der Direktbank** aufs Tempo. "Wir haben ein paar offensichtliche Lücken im Angebot, die wir so zügig wie möglich schließen wollen", sagte der Manager, der das Institut seit 1. Januar 2025 führt, der *Deutschen Presse-Agentur* in Frankfurt. "Der Zettel, den wir in den vergangenen sieben Monaten gefüllt haben, ist lang."

Öl & Gas

Kanada, die **Europäische Union** und **Großbritannien** senken die **Preisobergrenze für russisches Öl** von 60 auf 47,60 Dollar je Barrel. Dies teilt das kanadische Finanzministerium mit. Mit dem Schritt soll die Fähigkeit Russlands eingeschränkt werden, seinen Krieg gegen die Ukraine zu finanzieren. Die EU-Staaten hatten sich Mitte Juli grundsätzlich auf den Schritt verständigt (Reuters).

Sonstige

Der kanadische Batterie-Recycler **Li-Cycle**, der bei Magdeburg eine der größten Recyclingfabriken Europas entwickelt, ist vom Schweizer Unternehmen **Glencore** übernommen worden. Die Übernahme fand bereits am Freitag statt, wie Glencore auf seiner Internetseite mitteilte. Das Schweizer Unternehmen bezeichnet sich selbst als eines der größten Rohstoffunternehmen der Welt. Als eines von 47 EU-Projekten zu kritischen Rohmaterialien entwickelt das Unternehmen in Italien eine Wertschöpfungskette für das Batterierecycling (dpa/AFX).

Versorger

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche stellt die **Förderung von Ökostrom aus privaten Photovoltaikanlagen** infrage. "Neue, kleine PV-Anlagen rechnen sich schon heute im Markt und bedürften keiner Förderung", sagte die CDU-Politikerin der *"Augsburger Allgemeinen"*. Die Preise für Anlagen und Speicher seien deutlich gesunken. An der Einspeisevergütung für bestehende Solaranlagen will Reiche aber nichts ändern. "Die Hauseigentümer haben für ihre Anlagen Bestandsschutz."



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

